



---

## TOP VII Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

**Titel:** Konsequente und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema  
Priorisierung in der Medizin

### **Beschluss**

---

Auf Antrag von Dr. Christiane Groß, M.A. und Christine Hidas (Drucksache VII - 91) beschließt der 117. Deutsche Ärztetag 2014:

Der 117. Deutsche Ärztetag 2014 fordert die Bundesärztekammer (BÄK) auf, bei der Bearbeitung des Themas "Priorisierung im Gesundheitswesen" sowohl unter fachspezifischen als auch unter normativen Gesichtspunkten die weibliche Perspektive angemessen zu berücksichtigen.

- Bei der Auseinandersetzung mit Priorisierungsfragen ist auf den Mangel an klinischen Studien zu geschlechtsspezifischen Fragestellungen hinzuweisen. Der Datenmangel in Bezug auf das weibliche Geschlecht führt zu einem Qualitätsunterschied der Evidenzlage, der für die Beurteilung von Wirksamkeit, Nutzen- und Schadenspotenzial medizinischer Maßnahmen höchst relevant ist.
- Der Schutz vulnerabler Populationen muss ein vorrangiges Ziel in der Medizin sein. Bei Bemühung um Rationalisierung und Effizienz im Gesundheitswesen ist in besonderem Maß auf die Berücksichtigung gesellschaftlich Benachteiligter und Bedürftiger sowie auf soziale Ungleichheiten zu achten.
- Derzeit wird die technikorienteerte Medizin zulasten der Kommunikationsbereiche gefördert. Im Rahmen von Priorisierungsdebatten ist auf die Unterstützung des Vertrauensverhältnisses zwischen Ärztin oder Arzt und Patientin oder Patient zu achten. Es ist eine Medizin zu fördern, die vermehrt auf kommunikative, berufsgruppenübergreifende und interdisziplinäre Ausrichtung setzt.
- Bei der Erstellung von Priorisierungskriterien ist auf die transparente Darlegung der Interessenkonflikte von Stakeholdern zu achten. Dazu bedarf es klarer Vorgaben bezüglich der Zusammensetzung der zuständigen Kommissionen. Bei der Besetzung der Gremien muss die Gleichstellung der Geschlechter umgesetzt werden.

### Begründung:

---

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



---

Die Gesundheitspolitik muss sich dem Thema Priorisierung konsequent und in differenzierter Weise zuwenden.

Ziel einer verantwortungsvoll geführten Priorisierungsdebatte ist eine Verbesserung der medizinischen Versorgungsqualität in Deutschland, die durch Bewertung angemessener Versorgungsstandards erreicht werden kann. Dazu sind Kommissionen einzuberufen, die sich mit den Bedingungen und der Erstellung von Priorisierungskriterien befassen. Neben der Beachtung der vorliegenden Stellungnahmen der Zentralen Ethikkommission bei der Bundesärztekammer (ZEKO) und des Deutschen Ethikrates ist die weibliche Perspektive in der Priorisierungsdiskussion angemessen zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund leistet der Deutsche Ärztinnenbund durch eine Online-Umfrage einen Beitrag zur Sensibilisierung für das Thema innerhalb der Ärzteschaft und fordert diese gleichzeitig auf, sich nicht nur auf der fachspezifischen, sondern gerade auch auf der normativen Ebene an der Priorisierungsdebatte zu beteiligen. Dies ist insofern dringlich, als Medizinern und Medizinerinnen zunehmend eine verdeckte, bettseitige Rationierung zugemutet wird. Diese implizierte Rollenzuweisung sollte von Ärztinnen und Ärzten konsequent zurückgewiesen werden. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass Ärzten und Ärztinnen ein angemessener und notwendiger Umfang der therapeutischen Ermessensfreiheit selbstverständlich zugestanden wird.

Die in medizinischen Berufen Tätigen müssen in einen offenen Dialog mit politischen Entscheidungsträgern treten, um gemeinsam über erforderliche Rahmenbedingungen zu beraten. Gerade in Zeiten eines zunehmend nach ökonomischen Gesichtspunkten ausgerichteten Gesundheitssystems ist auf eine entsprechende Gewichtung maßgeblicher ethischer Werte zu achten. Zudem sind Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der Ausarbeitung von Priorisierungskriterien zu fordern.

Dabei stellt sich die zentrale Frage, an welchen Werten die Medizin ihre Ziele ausrichten soll. So ist bei den Überlegungen zur Verteilung der verfügbaren Ressourcen das Gerechtigkeitsprinzip zu spezifizieren, auf das man sich berufen will. In den Diskussionen, die in anderen europäischen Ländern schon lange geführt werden - wie beispielsweise in Schweden - wurde auf die Bedeutung der Prinzipien Menschenwürde, Selbstbestimmung, Bedarf und Solidarität sowie Kosteneffektivität hingewiesen. Zudem zeigen die Erfahrungen, dass die Diskussion über Priorisierungskriterien in der Öffentlichkeit, also auf politischer Ebene, angesetzt sein muss. Dabei geht es neben fairen Partizipationsmöglichkeiten selbstverständlich darum, die Interessenkonflikte verschiedener Gruppen - Patientenvertreter, Ärzteschaft, Kostenträger, Pharmaindustrie - transparent darzustellen.